

Russland hat unter der Führung von Wladimir Putin die Ukraine überfallen. Der Rat der Stadt Billerbeck verurteilt diesen menschenverachtenden Angriffskrieg.

Der Rat der Stadt Billerbeck fordert ein sofortiges Ende aller Kampfhandlungen und einen Abzug aller russischen Truppen vom Territorium der Ukraine. Er appelliert an Wladimir Putin: Lassen Sie die Waffen ruhen! Stellen Sie sich Ihrer Verantwortung und kehren Sie an den Verhandlungstisch zurück!

Billerbeck setzt sich stets für den Frieden und die Demokratie ein, für uns der einzige gangbare Weg. Der Angriff auf die Ukraine ist ein Angriff auf uns alle, auf den Frieden in Europa.

Wir sehen fassungslos die Bilder der Kämpfe in der Ukraine, die Bilder der flüchtenden Menschen, die von einem Tag auf den anderen alles verlieren. Und wir hören entsetzt die Kriegsrhetorik, deren Opfer wieder die Wahrheit ist.

Es gibt keine Grundlage für diesen Krieg gegen die Ukraine. Es gibt auch keine Rechtfertigung. Mit diesen Angriffen verstößt Russland gegen das Völkerrecht.

Unsere Gedanken sind bei den Menschen in der Ukraine. Wir trauern mit ihnen um die Opfer des sinnlosen Krieges. Und wir sehen mit Anerkennung ihren Widerstand gegen diese Invasion.

Die Sorgen, Nöte und Ängste können wir nur erahnen. Wir stehen an der Seite der Menschen in der Ukraine und erleben hier in Billerbeck und in ganz Europa, dass wir uns einig sind: Wir stehen für Frieden und Freiheit ein!

Der Rat der Stadt Billerbeck bedankt sich bei den Menschen, die über die Organisation und über ihre Teilnahme an den beiden bereits stattgefundenen Mahnwachen ihre Betroffenheit, ihre Entschlossenheit und ihre Solidarität zum Ausdruck gebracht haben.

Viele Menschen werden sich auf den Weg nach Westen machen. Viele aus Sorge vor Tod und Willkür fliehen. Wer bei uns in Billerbeck Schutz sucht, kann sich auf die Unterstützung der Stadt und ihrer Menschen verlassen.

Wir fordern die Bundesregierung und den Bundestag auf, alles dafür zu tun, Putin wieder an den Verhandlungstisch zu bringen. Dafür ist die Geschlossenheit aller demokratischer Staaten gefragt. Militärische Aggression darf sich nicht lohnen.